

EXPERTISE

RELIGIÖSER FUNDAMENTALISMUS UND EXTREMISMUS: EINE GEFAHR FÜR DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

Sabine Yündem und Samy Charchira



RELIGIÖSER FUNDAMENTALISMUS UND EXTREMISMUS – EINE GEFAHR FÜR DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT

Sabine Yündem und Samy Charchira

Präambel

Unsere Gesellschaft bekennt sich uneingeschränkt zur Religionsfreiheit, wie sie unser Grundgesetz in Artikel 4 garantiert. Wir verteidigen das Recht eines jeden Menschen auf freie Religionsausübung und respektieren die Vielfalt religiöser Bekenntnisse in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig stellen wir uns entschieden gegen alle Formen von religiösem Fundamentalismus und Extremismus, die unsere demokratischen Werte, die Menschenrechte und den pluralistischen Gesellschaftsentwurf bedrohen.

Religiöser Fundamentalismus und Extremismus sind eine Herausforderung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie stellen ein zunehmendes Problem mit Eskalationspotenzial dar, das unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Religiöser Fundamentalismus und Extremismus treten in verschiedenen Gewändern auf – ob als islamistischer Extremismus, der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele legitimieren kann, oder als christlicher Fundamentalismus, der versucht, wissenschaftliche Erkenntnisse zu leugnen und LGBTQ-Rechte einzuschränken. Diese und andere fundamentalistische und extremistische Strömungen eint ein antipluralistisches, intolerantes Weltbild, das im direkten Widerspruch zu unseren demokratischen Werten steht.

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

Fundamentalistische und extremistische Bestrebungen kollidieren mit unserer Demokratie, indem sie die Meinungsfreiheit einschränken, die Gleichberechtigung aller Menschen ablehnen und versuchen, religiöses Recht über staatliches Gesetz zu stellen. Die Bedrohung ist real und vielschichtig: Sie reicht von der Radikalisierung Einzelner über die Verbindung zu extremistischen Gruppen im Ausland bis hin zur Spaltung unserer Gesellschaft entlang religiöser Linien.

Für unsere Gesellschaft ist es eine zentrale politische und moralische Verpflichtung, uns diesem Phänomen entschieden entgegenzustellen. Unser Einsatz für Menschenrechte, Ökologie, Feminismus und eine offene Gesellschaft ist unvereinbar mit den Ideologien des religiösen Fundamentalismus und Extremismus. Dazu gehört auch der unverzichtbare Schutz von Minderheiten wie Jud:innen, Muslim:innen, Yezid:innen, Alevit:innen und andere in unserem Land. Wir müssen die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie stärken, zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen und gleichzeitig die Rechtsstaatlichkeit schützen. Nur so können wir die Freiheit und Vielfalt als Fundament unseres Zusammenlebens bewahren.

Präventionsarbeit – eine Investition in die Zukunft

Erfolgreiche Präventionsarbeit ist eines der wirksamsten Mittel im Kampf gegen religiösen Fundamentalismus und Extremismus, da sie direkt an den Wurzeln des Problems ansetzt. Während repressive Maßnahmen oft erst greifen, wenn Radikalisierungsprozesse bereits weit fortgeschritten sind, wirkt Prävention vorbeugend und nachhaltig. Sie stärkt die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

gegen extremistische Ideologien, indem sie gefährdete Personen frühzeitig erreicht, bevor diese in extremistische Strukturen abrutschen. Eine erfolgreiche Präventionsstrategie fördert kritisches Denken wie auch Medienkompetenz und erhöht so die Resilienz unserer Demokratie. Zudem bietet sie positive Identitäts- und Sinnangebote jenseits fundamentalistischer Weltbilder und bekämpft soziale Desintegration, die nur allzu oft einen Nährboden für extremistisches Gedankengut darstellt.

Geschlechtsspezifische Betrachtung

Eine geschlechtersensible Prävention adressiert gezielt geschlechtsspezifische Radikalisierungsdynamiken und erkennt deren Narrative an. Sie muss positive Identitätsangebote jenseits fundamentalistischer Weltbilder schaffen: für Männer sinnstiftende Gemeinschaften ohne Überlegenheitsdenken, für Frauen eine Vereinbarkeit von religiöser Selbstbestimmung und Emanzipation. Auch die Bekämpfung sozialer Desintegration wirkt nur dann nachhaltig, wenn sie unterschiedliche Ausschlussmechanismen berücksichtigt. Ein konsequent geschlechtersensibler Ansatz greift die eigentlichen Wurzeln des Extremismus auf, verhindert die Verfestigung toxischer Geschlechterrollen und ist damit nicht nur menschlicher, sondern langfristig auch kosteneffizienter als nachträgliche Interventionen und Strafverfolgung.

Gesellschaftliche Konfliktlinien im Extremismusbegriff

Ein verkürzter Extremismusbegriff, der vor allem auf religiöse Zuschreibungen fokussiert, greift zu kurz, denn gesellschaftliche Konfliktlinien verlaufen nicht nur entlang religiöser, sondern auch entlang ethnischer, nationalistischer

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

und sozioökonomischer Bruchlinien. Gerade solche Konfliktlinien – etwa zwischen säkularen, traditionalistischen und neo-fundamentalistischen Strömungen oder entlang von Herkunftsregionen – bleiben in der Präventionsarbeit häufig unbeachtet. Diese Dynamiken werden zudem durch gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen und nationale Zugehörigkeitsdiskurse verstärkt. Um Extremismus wirksam bekämpfen zu können, müssen daher die Wechselwirkungen zwischen diesen Konfliktlinien analysiert werden, statt sie einseitig zu religiösen oder kulturellen Pathologien umzudeuten. Eine differenzierte, konfliktsensible Perspektive erlaubt es, Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen, ohne gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen oder ganze Gruppen unter Generalverdacht zu stellen.

Übergreifende Aspekte

Darüber hinaus sind folgende Querschnittsthemen zu berücksichtigen:

- 1 Die Zielgruppe der Jugendlichen darf nicht allein als Problem beschrieben werden; vielmehr ist sie als Ressource zu begreifen. Es gilt, Wege zu entwickeln, um Jugendliche als Multiplikator:innen für präventive Botschaften zu gewinnen.
- 2 Bisher vernachlässigte psychotherapeutische Auffälligkeiten müssen stärker in den Blick genommen werden. Die Einbindung von Gesundheits- und Heilberufen ist zwingend erforderlich, da therapeutische Angebote essenziell sind – hier fehlt es jedoch an Ressourcen. Gefordert sind dabei insbesondere Landesprogramme, etwa unter Federführung des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums.

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

- 3 | Eine wirksame Regulierung von Social-Media-Plattformen ist in das Gesamtkonzept aufzunehmen.
- 4 | Maßnahmen sind generationsübergreifend anzulegen, um familiäre Dynamiken extremistischer Radikalisierung zu durchbrechen.

UNSERE FORDERUNGEN

1 | Prävention stärken

Einrichtung eines Sonderfonds „Partnerschaften. für Demokratie Plus“

Zur Stärkung der kommunalen Präventionsarbeit ist aus unserer Sicht ein Sonderfonds mit einem jährlichen Volumen von 30 Millionen Euro einzurichten. Dies ist vor allem im Hinblick auf den zunehmenden Druck auf das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ von großer Bedeutung. Schwerpunkt der Förderung des Sonderfonds sollen Projekte in sozialen Brennpunkten und Regionen mit besonderem Radikalisierungsrisiko sein.

Umwandlung der landesweiten Beratungsstruktur „Wegweiser“ in phänomenübergreifende Demokratiezentren

Die nordrhein-westfälischen „Wegweiser“-Standorte sind zu Demokratiezentren gegen religiös begründeten Extremismus weiterzuentwickeln. Diese Zentren werden phänomenübergreifend ausgerichtet, um verschiedene Radikalisierungsprozesse frühzeitig

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

und gemeinsam zu adressieren. Dazu ist es erforderlich, die Beratungskompetenzen sukzessive auszubauen und die fachliche Expertise deutlich zu erhöhen.

Förderung von Angeboten zur Deradikalisierung und Ausstiegsberatung

Wir streben an, die Deradikalisierungs- und Ausstiegsberatung in NRW zu stärken. Dazu zählen die dauerhafte Absicherung des API-Programms (Ausstiegsprogramm Islamismus) und der Aufbau von weiteren Beratungsstellen für Aussteiger:innen aus fundamentalistischen Freikirchen. Dabei sollen auch Ausstiegsprogramme in freier und kompetenter Trägerschaft möglich sein. Dies stärkt die Anbindung an die Zivilgesellschaft und bündelt zivilgesellschaftliche Expertise, die als wertvolles zusätzliches Angebot zum bestehenden API sehr hilfreich sein kann. Zudem setzen wir uns für den Ausbau der bestehenden „Sekteninfo NRW“ ein, um die Beratungs- und Informationsstruktur für Menschen in und nach problematischen religiösen oder weltanschaulichen Gruppen weiter zu professionalisieren und zu verbreitern.

Väterarbeit stärken

Eltern von Betroffenen – insbesondere Väter – müssen gezielt in die Beratungsstrukturen einbezogen werden. Väter können eine zentrale Rolle bei der frühzeitigen Erkennung von Radikalisierungstendenzen spielen und als vertrauensvolle Bezugspersonen entscheidend zu einem erfolgreichen Ausstiegsprozess beitragen. Daher sind spezifische Väterarbeit sowie niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern zu fördern, um deren Handlungskompetenz zu stärken und Familien als Resilienzfaktor gegen Radikalisierung zu nutzen.

2 | Bildung als Fundament

Die Etablierung einer demokratischen Streitkultur ab Klasse 7

Wir möchten demokratische Praktiken wie Debattierklubs im schulischen Kontext und gestärkte Schülervvertretungen verbindlich einführen. Dies fördert respektvollen Meinungsaustausch, Toleranz und Konfliktlösungskompetenz zu Fragen, die für Jugendliche von starkem Interesse und hoher Relevanz sind. Durch das aktive Erleben demokratischer Prinzipien werden Jugendliche widerstandsfähiger gegen extremistische Simplifizierungen. Diese gelebte Demokratie ist die beste Prävention gegen politische Radikalisierung.

Entwicklung eines landesweiten Lehrplans zur phänomenübergreifenden Extremismusprävention

Durch einen verbindlichen Lehrplan werden gemeinsame Radikalisierungsmuster verschiedener Ideologien erklärt und dargestellt, dessen Etablierung uns deshalb ein Anliegen ist. Der Fokus liegt auf der Entwicklung von Immunkompetenzen wie kritisches Denken und Ambiguitätstoleranz. Diese systematisierte Präventionsarbeit schafft ein einheitliches und fundiertes Bildungsniveau gegen Extremismus. Schüler:innen erkennen so demokratiefeindliche Narrative unabhängig von deren ideologischer Herkunft.

Integration von Medienkompetenz und kritischer Reflexionsfähigkeit

Im Unterricht gilt es zu vermitteln, wie religiöse Inhalte im digitalen Raum manipuliert und für radikale Zwecke instrumentalisiert werden. Schüler:innen sollten lernen, narrative Strategien zu erkennen und Quellen kritisch zu hinterfragen. Diese Kompetenz befähigt sie, sich sicher im Netz zu bewegen und extremistischer Propaganda sowie Populismus widerstehen zu können. Die digitale Mündigkeit ist ein essenzieller Baustein moderner Präventionsarbeit.

Förderung von Begegnungsprojekten zwischen verschiedenen Gruppen

Aus unserer Sicht ist es essenziell, direkte Begegnungen und Dialogformate zwischen unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften zu forcieren, denn auf diese Weise werden Vorurteile abgebaut. Persönliche Begegnungen schaffen Verständnis und reduzieren abstrakte Feindbilder. Projekte dieser Art stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und isolieren extremistische Kräfte, die von Abgrenzung und Konflikt leben. Geförderter Dialog macht zudem Vielfalt als Bereicherung erfahrbar.

Qualifizierungsoffensive für pädagogische Fachkräfte

Des Weiteren fordern wir eine landesweite Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte, Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen sowie die Entwicklung eines Casemanagement-Verfahrens für den Umgang mit religiösem Extremismus in Bildungseinrichtungen. Dazu gehört auch der Aufbau von Supervisions- und Unterstützungssystemen für betroffene Fachkräfte. Das durch die Bundeszentrale für politische Bildung entwickelte Clearingverfahren dient hier als Best-Practice-Beispiel.

3 | Dialoge mit Religionsgemeinschaften

Förderung innerverbandlicher demokratischer Strukturen und Transparenz

Wir unterstützen gezielt Reformbestrebungen innerhalb konservativer Verbände und Religionsgemeinschaften und setzen auf den Ausbau innerverbandlicher demokratischer Strukturen. Unser Ziel ist es, mehr Transparenz zu erreichen und weitere Religions-

gemeinschaften tiefer in unser demokratisches Wertefundament zu verankern. Dazu gehört für uns die (auch finanzielle) Unterstützung von Reformprozessen, um dem häufig vorherrschenden Übermaß an Ehrenamt entgegenzuwirken und eine stärkere Professionalisierung zu ermöglichen. Zugleich kann so einer einflussreichen Auslandsfinanzierung entgegengetreten werden, was die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Verbände deutlich erhöht.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung von Teilhabe und Beteiligung – vor allem innerhalb von (muslimischen) Vereinen und Verbänden. Wir fördern Strukturen, die eine aktive Mitbestimmung von Mitgliedern ermöglichen und hierarchische Hürden abbauen. Darüber hinaus setzen wir auf den Ausbau von Jugendverbänden als zentrale Träger demokratischer Nachwuchsarbeit. Wir unterstützen sie durch gezielte Qualifizierungsangebote, eine finanzielle Förderung eigenständiger Strukturen und den Aufbau von Netzwerken, die junge Menschen in Entscheidungsprozesse einbinden.

Dialogbereitschaft und -kompetenz

Unsere Dialogbereitschaft und -kompetenz gegenüber Religionsgemeinschaften bleiben zentrale Grundsätze. Unser dauerhaftes Ziel ist es, durch Gesprächsangebote die Religionsgemeinschaften als Mitgestalter unserer Demokratie in die Mitte der Gesellschaft zu rücken.

4 | Soziale Integration und zivilgesellschaftliches Engagement

Aufsuchende Sozialarbeit in betroffenen Communities

Wir möchten die aufsuchende Sozialarbeit in betroffenen Communities, insbesondere in muslimischen Gemeinschaften,

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

deutlich verstärken. Es müssen verbindliche Strukturen geschaffen werden, die Hilfsangebote direkt zu den Menschen bringen. Dafür fordern wir eine dauerhafte Finanzierung von Fachkräften, die vor Ort Vertrauen aufbauen und präventiv wirken können. Diese niedrigschwelligen Anlaufstellen sind essenziell, um Probleme früh zu erkennen und die Eigenständigkeit der Communities zu fördern.

Ausbau von gemeinschaftsstiftenden Sport- und Kulturangeboten als zentrale Säule der Prävention

Gemeinschaftsstiftende Projekte im Sport- und Kulturbereich sind als unverzichtbare Daseinsvorsorge anzusehen und müssen entsprechend finanziell abgesichert werden. Sie schaffen positive Räume, die junge Menschen zusammenführen und ihre Identifikation mit ihren sozialen Räumen stärken. Diese Arbeit wirkt Vereinsamung und extremistischen Ansprachen direkt entgegen.

Geschlechtsspezifische Ansätze und Opferschutz

Ein weiteres Anliegen ist uns die besondere Förderung von Projekten für Mädchen und Frauen, die von religiösem Extremismus betroffen sind. Dazu gehört

1. der Ausbau geschlechtsspezifischer Ansätze: Die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit muss das vereinfachte Täter-Opfer-Bild dekonstruieren, da Frauen sowohl Opfer als auch Mit-Täterinnen sein können. Gleichzeitig ist toxische Männlichkeit als zentrales Risiko anzuerkennen: Sie erhöht die Radikalisierungsgefahr bei Jungen und schafft gleichzeitig ein hohes Gewaltrisiko für Mädchen. Sensibilisierungskampagnen müssen daher explizit die geschlechtsspezifischen Dynamiken im religiösen Extremismus thematisieren.
2. die Stärkung des Opferschutzes: Schutz- und Beratungseinrichtungen für Opfer religiös motivierter Gewalt sind bedarfsgerecht auszubauen – mit gendersensiblen, niedrig-

schwelligen Angeboten, die sowohl weibliche als auch männliche Opfer erreichen. Dabei ist die Verschränkung von Täter- und Opferrollen zu berücksichtigen, insbesondere bei jugendlichen Betroffenen. Die besondere Förderung gilt Projekten, die Mädchen und Frauen in extremistischen Kontexten gezielt schützen, beraten und stärken.

5 | **Forschung, Monitoring und Evaluation**

Wissenschaftliche Fundierung

Eine weitere Forderung besteht in der Unterstützung von unabhängigen Forschungsprogrammen zu den Themen des religiösen Fundamentalismus und Extremismus sowie der Entwicklung von Qualitätsstandards für die Extremismusprävention.

Transparente Darstellung der Evaluationsergebnisse von Förderprogrammen

Die Wirkungsevaluation staatlicher und staatlich geförderter Präventionsmaßnahmen muss sicherbarer werden und transparenter kommuniziert werden. Die Förderprogramme müssen regelmäßig angepasst werden und neuen Forschungsergebnissen wie auch gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen. Standards gilt es zusammenzuführen und insbesondere zu koordinieren.

Unser Einsatz gegen religiösen Fundamentalismus ist ein Einsatz für die Freiheit und Würde des Menschen. Wir setzen auf einen Dreiklang aus klaren rechtlichen Grenzen, präventiver Bildungsarbeit und sozialer Integration. Dabei bleiben wir dem Grundsatz verpflichtet: Wir bekämpfen Extremismus, schützen aber die Religionsfreiheit. Unser Ziel ist eine wehrhafte Demokratie, die sowohl die Grundrechte ihrer Bürger:innen schützt als auch entschlossen gegen deren Feinde vorgeht.

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

Im Rahmen der Erarbeitung des Positionspapiers „Religiöser Fundamentalismus und Extremismus - eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft“ fand am 17. März 2026 ein Austausch mit den folgenden Expert:innen statt, deren Kenntnisse in den Bereichen Radikalisierungsforschung und Extremismusprävention in die weitere Ausrichtung des Papiers einfließen. In einem konstruktiven Dialog wurden zentrale Handlungsfelder und strukturelle Herausforderungen vertieft. An dieser Stelle sei den beteiligten Expert:innen für ihre Mitarbeit und ihre Expertise gedankt.

Expert:innen



Canan Korucu

Ufuq Berlin, Co-Geschäftsführerin



Dr. Friedhelm Hartwig

Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung | Modus



Tobias Meilicke

Interdisziplinäres Zentrum für Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung e.V.



Karim Saleh

Fachstelle Extremismusbewertung (FEX)

Sabine Yündem
Ratsfrau der Stadt Remscheid
Sprecherin der LAG Muslim:innen

Samy Charchira
Experte für religiösbegründeter Extremismus
und Sachverständiger für muslimische Wohlfahrtspflege

Copyright © 2026 by Sabine Yündem und Samy Charchira, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact samy.charchira@gruene-duesseldorf.de

